

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,70 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 1. Seite, Zeile 0,80 Gulden, Restzeile 1,00 Gulden, in Deutschland 0,50 und 1,50 Goldmark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6 Postfachkonto: Danzig 2945 Fernsprecher: Für Schriftleitung 720 für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Drucksachen 3290

Nr. 205 Dienstag, den 2. September 1924 15. Jahrg.

Die Genfer Völkerbundstagung.

Am Montagvormittag um 11 Uhr wurde im Saale der Reformation die fünfte Völkerbundstagung eröffnet. Der belgische Außenminister Spaak eröffnete als vorläufiger Vorsitzender die Sitzung mit einer Begrüßungsansprache, in deren Verlauf er u. a. eine Uebersicht der Arbeit des Völkerbundes gab. „Unsere jetzige Tagung“, so führte er aus, „beginnen wir unter günstigen Vorzeichen. Die Londoner Konferenz bedeutet den Beginn einer Verständigung Europas, die das Reparationsproblem in günstiger und gerechter Weise regeln wird. Aber ein anderes Problem besteht weiter und quält die Staaten, über am meisten unter dem Krieg gelitten und die sich am meisten im Falle eines Krieges bedroht fühlen. Das ist das Sicherheitsproblem. Europa will nicht mehr in der Ungewissheit leben und man muß dem Frieden eine feste juristische und politische Struktur geben. Man muß ein ständiges Regime der Sicherheit und des Friedens schaffen. Der materiellen Abrüstung muß die moralische Abrüstung vorausgehen. Der Geist eines blinden Hasses und der Nationalismus müssen verschwinden. Befrängen wir die Gräber der Toten, ehren wir das Andenken der zahllosen Märtyrer, die ihr Leben für das Vaterland geopfert haben, aber arbeiten wir auch mit allen unseren Kräften daran, die Welt vor der Wiederkehr von Katastrophen zu schützen, und auf solidarischer Grundlage die Herrschaft des Rechtes und die Herrschaft der Treue zu den Verträgen zu errichten.“ (Stimmlicher Beifall.)

Die Rede des belgischen Außenministers fand zum Schluß der Vormittagsitzung die einstimmige Zustimmung der Versammlung, die dann eine achtgliedrige Mandatsprüfungskommission wählte.

In der Nachmittagsitzung, deren Eröffnung kurz nach 4 Uhr erfolgte, wurde zunächst der schweizerische Bundesrat Motta mit 45 von insgesamt 47 Stimmen zum Präsidenten der fünften Völkerbundstagung gewählt. Das ist die größte Stimmenzahl, die bisher für einen Präsidenten der Völkerbundstagungen abgegeben wurde. Motta nahm die Wahl mit Dank für eine Auszeichnung, die seinem Lande gelte, an und sagte aus: Der Unterschied zwischen dem Völkerbund von 1919 und dem Völkerbund von heute ist auffallend. Der Friedenswille fängt an in Europa mächtig zu werden, der Völkerbund hat sein Bestes dazu getan. Es darf in Zukunft nicht mehr Sieger und Besiegte geben. Dem Schiedsgerichtsgedanken gehört die Zukunft. Unsere Kinder werden einst in einer Atmosphäre der Ruhe und Sicherheit leben, wenn wir unsere Pflicht tun. Der Völkerbund muß der Mittelpunkt der europäischen Solidarität werden. (Fortgesetzter, langanhaltender Beifall der ganzen Versammlung.)

Die Versammlung wählte dann sechs Kommissionen ein, die die wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen, technischen, politischen und die Abrüstungsfragen prüfen sollen. Die Kommissionen werden am Dienstagvormittag zum ersten Male zusammentreten, um die Tagesordnungen festzustellen und die Wahl ihrer Vorsitzenden vorzunehmen. Am Mittwoch wird die Versammlung den Rechenenschaftsbericht des Sekretariats und des Rates entgegennehmen.

Als Beobachter der amerikanischen Regierung nimmt General Bliss an den Beratungen des Völkerbundes teil.

Die fünfte Völkerbundstagung.

Die jetzige Tagung hat eine unvergleichlich größere Bedeutung, als alle früheren Sitzungen. Man wird nicht mehr wie sonst alle wirklich entscheidenden größeren politischen Fragen zurückstellen oder sie im Schoße der Kommissionen begraben, man wird dieses Mal endlich das eine große Problem zur Sprache bringen, das für Europa schicksal bedeutend: Abrüstung der Nationen und Sicherheitsgarantie. Zwischen wir uns nicht, diese „internationale“ Frage ist in Wahrheit eine Frage der Großmächte England und Frankreich. Deutschland spielt dabei die Rolle des Mannes, der den Kopf hinhalten muß, wenn die andern beiden harte Bälle werfen. Kommen sie zu einem Akkord, so kann man anfangen zu hoffen, wenn nicht, ist das Chaos unvermeidlich.

Abrüstung und Sicherheit, beide sind nicht voneinander zu trennen. Kein Staat wird abrüsten wollen ohne Garantie gegen feindlichen Überfall, und deshalb mußte auch der Garantiepakt des Völkerbundes scheitern, der praktisch genommen nur neue Mächtegruppierungen und ihr gegenseitiges Auspielen bedeutete hätte, ganz abgesehen von den unübersehbaren Konflikten, in die besonders die kleinen und neutralen Staaten durch ihre Teilnahme an diesem Defensivbündnisse gedrängt worden waren. Sicherheit kann auch nicht ferner mehr als einseitige Zustand bedeuten, wie ihn Poincaré Staatsstumpf hat, der ein geschwächtes und entwaffnetes Deutschland durch bewaffnete Väterstaaten zernieren ließ. Es bedurfte erst jener grundsätzlichen Wandlung der europäischen Mentalität im Geiste neu beginnenden Vertrauens, um überhaupt das Problem der europäischen Sicherheit sachlich zur öffentlichen Debatte stellen zu können. Der 11. Mai in Frankreich und die Londoner Konferenz haben den Anfang gemacht, jetzt soll der Völkerbund folgen, denn er kann nur das sein, was Europa und die andere Welt aus ihm machen.

Es kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß der Völkerbund den Eintritt Deutschlands wünscht und — braucht. Er mußte mit Notwendigkeit zu dieser Einstellung kommen, je mehr er von einem ursprünglichen politischen Instrument der Siegerstaaten zu einem wirklichen internationalen Organ

wurde. Diese Entwicklung ist noch lange nicht abgeschlossen, und seine komplizierte Zusammensetzung zwingt den Völkerbund zu einem langsamen und bescheidenen Vorgehen, das ein billiges Objekt des Spottes aller Extremisten ist. Aber gerade diese langsame Entwicklung bürgt für sein sicheres Werden. Deutschlands Eintritt wird ihm viel zu der Geschlossenheit verhelfen, die die erste Voraussetzung für seine endliche Wirksamkeit ist. Aber nur als gleichberechtigtes Mitglied kann Deutschland diesen Schritt tun. Es handelt sich dabei nicht um Prestigefragen, die hierfür belanglos sind, es ist dies ganz einfach die endgültige internationale Anerkennung der jungen deutschen Demokratie, die christlich mitarbeiten will am Werke der europäischen Konsolidierung, aber nicht unter Zwang, sondern frei von Bevormundung und unerträglichem Druck politischer Berechnungen, für die es nur Objekt ist.

Deutschland aber muß inzwischen die Entwicklung vom Jahre 1919 bis heute begreifen lernen. Damals wurde der „Boche“ in Versailles als Verbrecher und Ausgestoßener behandelt, und auf der Gründungsstagung des Völkerbundes als Mitglied für „unwürdig“ erklärt. Heute, nach vier Jahren, erleben wir die erste Sitzung eines Völkerbundes, der im Zeichen christlicher Verständigung die großen Probleme zu meistern versucht und Deutschland als gleichberechtigtes Mitglied aufnehmen will. Möge das deutsche Volk diese Entwicklung verstehen, denn mit ihm hat Europa in diesen letzten Jahren gelitten und vielleicht auch für immer — geleidet.

Landesregierung und Dawes-Befehle.

Auf Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten tritt der Thüringische Landtag, der seine Beratungen erst Ende September aufnehmen sollte, schon am kommenden Freitag zusammen. Gegenstand der Besprechung wird die Haltung der thüringischen Regierung zum Sachverständigenrat sein.

Die thüringische Regierung lebt bekanntlich von der Unterstützung der Deutschvölkischen, die das Sachverständigenrat abgelehnt haben und die Annahme der sich aus ihm ergebenden Befehle im Reichstag mit anhaltenden „Pfiu“-Rufen beantworteten. Dagegen hat der thüringische deutschnationalen Ministerpräsident bei den entscheidenden Abstimmungen im Reichstag sämtliche Befehle und Vereinbarungen mit den Alliierten seine Zustimmung gegeben. Herr Leutheuser gehört also nach der Auffassung der Deutschvölkischen auch zu jenen „Deutschen“, die unter Volk in die „Verklaffung“ geführt haben. Aber wir sind überzeugt, daß sie ihn trotzdem weiterhin unterstützen, denn konsequent sind diese Helden nur in Worten und nur solange, als es sie selbst keine Opfer kostet.

Die Dämmerung der Diktatur in Spanien.

In der spanischen Zone Marokkos jagen die wilden Stämme die Soldaten des Diktators Primo de Rivera vor sich her und es wird nicht lange währen und Spanien wird das ganze Gebiet, das ihm auf der Marokkofront in Agceiras im Jahre 1912 zugesprochen wurde, räumen müssen. Schon rufen sich die französischen Imperialisten und rufen nach einer französischen Besetzung der so frei werdenden Zone, mit dem immer bei der Hand liegenden Vorwand, daß die sich von Spaniens Herrschaft befreienden Stämme die Ruhe und Sicherheit der nordafrikanischen Besitzungen Frankreichs gefährden könnten. Aber es ist mit großer Sicherheit anzunehmen, daß die französische Kammer des 11. Mai diese Anregungen, die von der künstlichen großen Presse gesendet werden, energig zurückweisen und durch keine offene oder verkleidete Intervention die Tatsache verdunkeln lassen wird, daß sich die tatsächliche Diktatur auch in militärischen Dingen als unzulänglich erwiesen hat. Die Strafe für jede Regierung, die einen Krieg verloren hat, pflegt erfahrungsgemäß die Revolution zu sein, auch wenn sie besser fundiert ist als die Herrschaft des Direktoriums der Generale in Spanien. Allerdings trifft Primo de Rivera große Vorbereitungen für diesen kritischen Augenblick. Als Vorwand wird die Jahreswende des Staatsreiches, der bekanntlich am 13. September stattfand, benutzt. Mit welchen skrupellosen Mitteln er arbeitet, geht aus folgenden Tatsachen hervor: Die Militärbehörden, die Statthalter der Provinzen und die Regierungskommissäre haben schon jetzt den Text eines Telegramms den Gemeindebehörden übermittelt, das am 13. September an den Diktator Primo de Rivera zu schicken sein wird. Es ist kaum wahrscheinlich, daß sich die Gemeindebehörden widersetzen werden, da ja bekanntlich alle Gemeindevorstände von den Generalen, die in den Provinzen verwalten, ernannt worden sind und weil außerdem die entsprechenden Strafmaßnahmen denen gegenüber in Aussicht genommen sind, die an dieser „freiwilligen“ Volkskundgebung nicht teilnehmen wollen. Der Text des Telegramms lautet:

An der Jahreswende des Tages, an dem Eure Erzelzen und das militärische Direktorium an die Macht gelangten, verpflichtet Sie der Gemeinderat von ... seiner unverbrüchlichen Treue, und ersucht Sie, in dem Werke der Rettung Spaniens nicht zu erlahmen, in einem Werke, in dem die ganze Bevölkerung der Stadt (oder des Dorfes) Sie mit aller Kraft unterstützen bereit ist. Hoch Spanien! Hoch das Direktorium! Hoch der General Primo de Rivera! Während so nach demühten Kniffen die „begehrte Volksstimmung“ erzeugt wird, verläßt der Diktator auch

Zentrumsführer Wirth gegen den Bürgerblock.

Der frühere Reichskanzler Wirth hat eine Erklärung an die Presse veröffentlicht in der es heißt: „Nach Meldung des Zentrums ist es etwas Außergewöhnliches, daß die Deutschnationalen mit der Abkommandierung einer genügend großen Zahl von Abgeordneten freie Bahn geschaffen zu haben glauben für die politische Mitarbeit derjenigen, die nicht zugestimmt haben; denn die Führer Bergt und Westarp, die Nuser im Streit durch Jahre hindurch, haben sich mit Nein bei der Abstimmung besonders hervorgetan. Diese Abstimmung weist gerade nicht auf die dringende Notwendigkeit hin, die Führer etwa später mit Ministerposten dankbar auszuzeichnen ...“

In den letzten Tagen hat die Sozialdemokratie eine Haltung gezeigt, die man, um ein viel mißbrauchtes Wort zu verwenden, mehr als korrekt bezeichnen muß. Die Sozialdemokratie hätte mit Leichtigkeit die Auflösung des Reichstages herbeiführen können, wenn sie das tatsächliche Ziel, etwa die Rechte zu schwächen, über das politische und nationale gestellt hätte. Das hat sie nicht getan, und wir haben die Pflicht, das besonders hervorzuheben. Die Rechte hingegen ist zu keiner einheitlichen Auffassung gekommen und will sich für die Halbierung der politischen Meinung noch einen Wechsel auf das Ganze ausstellen lassen. Die Deutsche Volkspartei hat diesen Wechsel akzeptiert mit der Bemerkung, daß sie mit allen Mitteln auf die Beteiligung der Deutschnationalen an der Regierung hinarbeiten werde, wie sie es bisher schon getan hat. Die Formulierung „mit allen Mitteln“ ist nach Zentrumsmeinung abwegig. Es wird mehr darauf hinauskommen, ob die Deutschnationalen „unter allen Umständen“ in die Regierung wollen oder können. Jedenfalls ist das Ziel eines sogenannten Bürgerblocks kein politisches Ziel, das mit allen Mitteln erreicht werden kann; denn um zu einem solchen politischen Zusammenschluß zu kommen, müssen die demokratischen Elemente der bürgerlichen Parteien der Mitte eine ganz andere Einstellung vornehmen, als sie es bisher getan haben. Der Bürgerblock ist kein Instrument zur Ausführung des Dawes-Befehle; die Idee des Bürgerblocks ist vielmehr geboren aus dem Wunsch, unter deutschnationaler Führung die politische Entwicklung im Reich und in den Ländern völlig unzuregeln. Die Führung der deutschen Politik wird nach wie vor der Mitte zufallen, wenn nicht eine Reichstagsauflösung ein anderes Bild ergeben muß ... Eine mit Weile, wird man den Deutschnationalen zurufen müssen. Sie mögen bei dem bleiben, was sie am Freitag im Reichstag begonnen haben.“

Wir glauben nicht sehr zu gehen in der Annahme, daß mit dem Interview des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth die Offensive der Zentrumspartei gegen den Bürgerblock eingeleitet ist. Bleibt das Zentrum bei seiner jetzigen Haltung, dann dürften die Deutschnationalen endgültig um den erwarteten Preis betrogen sein.

eine Art von faktischer Organisation zu schaffen. Er forderte alle militärischen Behörden auf, bei der Organisation der Partei der „Patriotischen Union“ tatkräftig mitzuwirken. In einem Rundschreiben wird auseinandergesetzt, daß zu dieser Union alle Personen zugelassen werden, die die „Grundprinzipien der Verfassung von 1876“ (das heißt die Monarchie) billigen und sich verpflichten, das Werk des Direktoriums zu konsolidieren und zu vollenden. Der Beitritt verpflichtet, daß alle Verbindungen mit den alten politischen Parteien abgebrochen und die Beitrittsmitglieder der neuen Partei in allem befolgt werden. Jede Stadt oder jedes Dorf soll einen Delegierten wählen, der den Ort in dem Bezirkskomitee vertritt; dieses Komitee wird erweitert werden durch Personen, die der Gouverneur der Provinz ernannt. Das Provinzkomitee soll aus den kantonalen Delegierten gebildet und ebenfalls durch ernannte Mitglieder erweitert werden. Die Militärbehörden sind beauftragt, die Wirksamkeit aller dieser Komitees zu überwachen, die mit der zentralen Partei nur durch den Gouverneur der Provinz verkehren können.

Primo de Rivera wünscht, daß diese Organisation bis zum 13. September vollendet werde. In diesem Tage will er eine große Manifestation in Madrid abhalten, die wahrscheinlich gut besucht werden wird. Er ist heute freie Fahrt auf allen Bahnen und freie Station in Madrid den Delegierten zugesagt wurde. Der Diktator betrachtet aber diese Organisation nur als eine Vorstufe zur Rückkehr zum parlamentarischen Regime, allerdings zu einem Parlament, das nach seinen Bedürfnissen zusammengestellt werden soll. Er hat die kindlich anmutende Idee, nach dieser Manifestation an alle Gruppen der „Patriotischen Union“ einen Fragebogen auszusenden, in dem die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die das Direktorium wichtig hält, aufzählt werden und auf die die Provinzgruppen eine Antwort erteilen sollen. Die besten Antworten werden mit einem Preis gekrönt und unter den Verfasser der besten Arbeiten will das Direktorium die Männer aussuchen, die berufen sein sollen, an die Stelle des Direktoriums zu treten und ein neues Ministerium zu bilden. Primo de Rivera meint, daß die Uebergabe der Macht im Laufe des November stattfinden könnte. Die Aufgabe dieser provisorischen Regierung wird die Ausschreibung der allgemeinen Wahlen sein, die nach der Auflösung des Diktators im März 1925 stattfinden sollen. Dieser in vielen Beziehungen kirchliche Plan wurde mit dem Naria vereinbart, der mit vollem Recht befürchtet, daß die Diktatur nicht halten wird können und ihr Sturz gleichzeitlich den Sturz der Monarchie nach sich ziehen werde.

Die mysteriösen Finanzverhandlungen.

Zeugenvernehmungen im Untersuchungsausschuß. — Kein Senator will etwas wissen.

Gestern nachmittag tagte wieder der parlamentarische Untersuchungsausschuß, welcher die gegenwärtigen Zeugenvernehmungen der Herren Jewelowski und Volkmann in der letzten Sitzung klären sollte. Es waren hierzu geladen geladene Senatspräsident Sahm, Senator Dr. Strunk, sowie die ehemaligen Senatsmitglieder Förster, Gustav Fuchs und Dr. Eichert. Senator Förster war nicht erschienen, da er erkrankt ist.

Zwischen den Aussagen von Jewelowski und Volkmann war folgender Widerspruch vorhanden: Jewelowski hatte behauptet, daß Volkmann im Oktober 1922 bereits einen Vertrag mit der Reichsbank in Berlin dahingehend abgeschlossen hatte, daß zur Herausgabe von Stadtnotgeld eine Sicherungshypothek auf staatliche Domänen und Forsten aufgenommen werden sollte. Volkmann im Senat hierüber berichtete, habe er (Jewelowski) dagegen Einspruch erhoben. Er sei daraufhin mit Volkmann nach Berlin entsandt worden, um durch nochmalige Verhandlung mit der Reichsbank eine Umänderung des Vertrages zu erzielen. Volkmann sei nur einen Tag in Berlin mit ihm gewesen, weil er aus dringlichen Geschäften nach Danzig zurückreisen mußte. Er habe dann mit der Reichsbank allein verhandelt und erzielt, daß die Forderung der Eintragung einer Sicherungshypothek fallen gelassen wurde. Telegraphisch habe er die Vollmacht zum Abschluß des Vertrages erhalten, denselben auch abgeschlossen und den Vertrag dem Senat vorgelegt. Senator Volkmann hatte dagegen behauptet, daß er keinen endgültigen Vertrag mit der Reichsbank in Berlin abgeschlossen hatte, sondern daß er nur im Senat einen Vortrag über die Verhandlungen gehalten habe. Bei den Verhandlungen mit der Reichsbank habe es sich nicht allein um die Herausgabe von Stadtnotgeld gehandelt, sondern auch die Einräumung eines Kredites. Volkmann hält es auch für unwahrscheinlich, daß Jewelowski einen Vertrag mit der Reichsbank abgeschlossen hat, da dieses den Gepflogenheiten der Reichsbank widerspricht und auch ein derartiger Vertrag nicht bei den Akten des Senats liegt. Eine Klärung in diesen gegenwärtigen Aussagen wurde auch durch die Vernehmung genannter Zeugen nicht erzielt.

Senatspräsident Sahm und Senator Dr. Strunk erklärten in ihrer Zeugenansage, daß sie zur Stützung ihres Gedächtnisses Einsicht in die Akten genommen hätten. Es machte den Anschein, als ob eine Vorbesprechung mit Senator Volkmann stattgefunden hätte und das Gedächtnis durch die Einsichtnahme in die Akten vollständig einseitig belebt worden war. Nach der Behauptung von Jewelowski fehlen nämlich in den Akten die bedeutendsten Schriftstücke. Senator Dr. Volkmann unterbricht sich auch im Laufe der gestrigen Sitzung wie in der vorigen mit deutschnationalen Ausschussmitgliedern durch Zurückziehung von schriftlichen Bemerkungen, was einen sonderbaren Eindruck machen mußte. Die Aussagen sämtlicher Zeugen waren äußerst vorzüglich und zurückhaltend, insbesondere die des Senatspräsidenten Sahm.

Aus den Zeugenansagen selbst ist folgendes mitzuteilen: Senatspräsident Sahm ist der Ansicht, daß der Streitgegenstand wegen Verpfändung von Domänen und Forsten mäßig ist, da die Verpfändung unstreitbar sei. Die Verpfändung sei auf Anordnung des Senats geschehen. Bei den Verhandlungen mit der Reichsbank in Berlin, welche Senator Volkmann geführt hatte, sei eine Verbindung zwischen der Bewilligung eines Barkredites und der Aufnahme einer Sicherungshypothek vorhanden gewesen. Soweit sich Sahm erinnert, habe Senator Volkmann in der Senatsitzung vom Oktober 1922 keinen Vertrag mit der Reichsbank vorgelegt. Zeuge hält dieses auch für unwahrscheinlich. Die Reichsbank sichere sich nicht durch Abschluß eines Vertrages, sondern durch Festlegung von Sicherungen. Diese Festlegung erfolge durch Unterzeichnung eines Reverses. Zeuge erinnert sich nicht, einen solchen Revers unterschrieben zu haben. Später sei jedoch ein solcher Revers unterschrieben worden, nachdem Jewelowski von Berlin zurückgekehrt sei. Senator Volkmann habe den Vorschlag mit der Reichsbank im Senat vorgebracht, welcher dort nicht nur von Herrn Jewelowski, sondern auch von den Senatoren Richm-Pickau als Deserenten für Domänen und Forsten und Dr. Strunk, sowie auch von Zeugen bekämpft wurde. Ob es sich um eine Vorvereinbarung oder um das Ergebnis einer Besprechung bei den Mitteilungen des Senators Volkmann im Senat gehandelt habe, sei zweifelhaft. Herr Jewelowski sei dann nochmals mit Volkmann nach Berlin entsandt worden, um die Reichsbank zu bewegen, von einer Verpfändung von Domänen und Forsten abzusehen. Soweit Zeuge sich erinnert, habe Jewelowski seinen schriftlichen Vertrag von Berlin mitgebracht, sondern im Senat mitgeteilt, daß es ihm gelungen sei, die Reichsbank zu bewegen, von der Forderung einer Sicherungshypothek Abstand zu nehmen, worüber man im Senat sehr erregt war. Der Zeuge kann sich nicht entsinnen, daß Jewelowski von Berlin aus in einem nach der Wohnung des Zeugen gerichteten Telegramm die Ueberlieferung einer Vollmacht zum Abschluß eines Abkommens forderte, und daß ein Jewelowski nach Berlin ein Telegramm unterzeichnete Sahm Volkmann, gerichtet wurde, in welchem die verlangte Vollmacht gegeben wurde.

Abg. Dr. Eowich versuchte in der Fragenstellung den Zeugen zu verleiten, andere Aussagen zu machen, indem man den Zeugen die Antwort in den Mund zu legen versuchte. Gegen diese Absichten wurde vom Abg. Dr. Kamnitzer Einspruch erhoben. Sahm erinnerte sich auch nicht, jemals ein Abkommen oder einen Durchschluß des Abkommens, das Jewelowski mit der Reichsbank abgeschlossen haben will, gesehen zu haben. Auch auf die Frage des Senators Volkmann, ob bei der Verpfändung von Domänen und Forsten es sich nicht um eine bereits vollendete Tatsache gehandelt habe oder nicht, gibt der Zeuge eine ausweichende Antwort.

Senator Dr. Strunk erklärt, daß er ein starkes Interesse an den feinerzeitigen Verhandlungen mit der Reichsbank hatte, da er als Deserent für Schulen in großer Sorge um die Reichsbank der Beamtengehälter war. An der Sitzung des Senats im Oktober 1922 habe Senator Volkmann einen Vortrag über seine Verhandlungen mit der Reichsbank in Berlin gehalten. Volkmann habe dort mitgeteilt, daß die Reichsbank eine Sicherungshypothek auf Domänen und Forsten fordere. Volkmann habe sich für seinen Vorschlag nicht einlassen, da er glaubte, eine bessere Lösung nicht erzielen zu können. Herr Jewelowski habe sich u. a. dafür ausgesprochen, einen solchen Vorschlag anzunehmen und es herrschte die Stimmung im Senat, daß diesen Bedingungen nicht entgegenzusetzen werden könne. Es wurde beschlossen, nochmals mit der Reichsbank in Berlin zu verhandeln und da Jewelowski sich gegen die Bedingungen ausgesprochen hatte, wurde er Volkmann zu den Verhandlungen beauftragt. Nach Rückkehr aus Berlin trug Jewelowski im Senat vor, was er mit der Reichsbank vereinbart hatte und teilte u. a. mit, daß die Reichsbank von der Eintragung einer Sicherungshypothek auf Domänen und Forsten verzichtet habe. Weitere Angaben kann der Zeuge trotz verschiedener an ihn gerichteter Fragen nicht machen.

Zeuge Dr. Eichert konnte sich auf den Vorgang im Senat sehr wenig erinnern. Auch der frühere Senator und Setzungsverleger Gustav Fuchs kann nichts wesentliches ausagen. Er weiß nur, daß Jewelowski Mitteilungen über die Verhandlungen mit der Reichsbank in Berlin gemacht habe, weiß aber nicht, ob diese Mitteilungen im Senat oder in der Fraktion gemacht wurden.

Abg. Schwegmann (Dnt.) stellte an Senator Volkmann die Frage, ob bei einer Verpfändung von Domänen und Forsten Danziger Hoheitsrechte verletzt worden seien. Senator Dr. Volkmann verneint. Abg. Gen. Dr. Kamnitzer stellte darauf fest, daß von Seiten der Reichsbank gar nicht die Behauptung aufgestellt worden sei, daß bei der Verpfändung von staatlichem Besitz Danziger Hoheitsrechte aufgegeben worden seien. Aufsehen erregte seine Mitteilung, daß ihm berichtet worden sei, Senator Dr. Volkmann habe deutschnationalen Abgeordneten eine schriftliche Mitteilung zugehoben, so daß man annehmen müsse, daß die Frage des Abg. Schwegmann bestellte Arbeit war. Zeuge Volkmann nimmt es auf seinen Zeugniseid, daß er die Stellung dieser Frage nicht verlanzt habe.

In einer vertraulichen Sitzung des Ausschusses, welche sich an die öffentliche Sitzung angeschlossen, erklärte Frau Abg. Kunze (Dt. Pt.), daß auch sie gesehen habe, daß Senator Volkmann dem Abg. Bürgerle (Dnt.) eine schriftliche Mitteilung ausgab, in welche auch der Abg. Schwegmann Einsicht genommen habe. Abg. Meier (Dnt.) bestätigte die Angaben der Frau Kunze. Die deutschnationalen geben schließlich zu, eine Mitteilung von Volkmann erhalten zu haben, betreiten aber, daß sie mit ihrer Frau in Verbindung stand.

Es entspann sich noch ein längerer Streit zwischen den Zeugen Jewelowski und Volkmann. Volkmann hatte behauptet, daß Jewelowski über das Ergebnis seiner Verhandlungen in Berlin etwas Falsches berichtet habe, da vier Tage nach der Senatsitzung, in welcher Jewelowski Bericht erstattet habe, die Reichsbank doch noch mit der Unterzeichnung eines Reverses gekommen sei, in welchem die Verpfändung von Domänen und Forsten gefordert wurde. Dieser Revers sei auch unterschrieben worden. Zeuge Jewelowski und auch einige Ausschussmitglieder finden es sonderbar, daß von Senatspräsidenten und vom Senator Volkmann ein derartiger Revers unterschrieben wurde, wenn vorher im Senat über ein anderes Ergebnis der Verhandlungen mit der Reichsbank in Berlin berichtet worden ist. Zeuge Volkmann erwiderte, daß er noch am selben Tage, als er den Revers unterschrieben habe, Senator Jewelowski schriftlich über diesen Widerspruch angefragt habe, er sei aber bis heute noch jede Antwort schuldig geblieben. Auf die Frage von Ausschussmitgliedern, ob er denn nicht Wert darauf gelegt hätte, sich telefonisch mit Jewelowski zu verständigen, und ob er es denn nicht für nötig befunden hat, Jewelowski auf seine Antwort zu erinnern, kann Zeuge Volkmann keine positive Antwort geben.

Auf eine Anfrage des Abg. Gen. Dr. Kamnitzer, ob der Senat bereits eine Mitteilung gemacht habe, daß er infolge des Beschlusses des Volkstaates auf Vorlesung der Akten dieselben nunmehr dem Ausschuss vorzulegen beabsichtige, kann der Vorsitzende keine Mitteilung machen. Der Ausschuss vertagt sich hierauf auf unbestimmte Zeit.

Breitbart im Wilhelm-Theater.

Siegfried Breitbart, der Eisenkönig, der in der ganzen Welt unerhörte Triumphe feierte, trat gestern Abend zum ersten Male im Wilhelm-Theater vor das Danziger Publikum. Es sei vorher bemerkt, es war ein voller Erfolg. Selbst hoch gespannte Erwartungen wurden weit übertroffen. Der den ebenmäßig gewachsenen, mittelgroßen, in den 30er Jahren stehenden Artisten sieht, abni auf den ersten Blick nicht, welche phänomenale Energie in ihm steckt. Nur der gewaltige Oberkörper und die mit Muskeln bewackelten Arme verraten ungeheure Kräfte. Die Art und Weise, in der sich Breitbart auf der Bühne bewegt, erinnert an Silberfischer Schaffer, mit dem er auch das gewinnende Wesen gemein hat. Breitbart vertritt es ausgezeichnet, das Publikum zu fesseln. Gleich die ersten Experimente verleben das Publikum in höchstes Erstaunen. Mit der flachen Hand treibt er Spitze und abgerundete Kugel durch Bretter und Bleche. Kopfstütteln beobachtet Personen aus dem Publikum die Vorgänge aus nächster Nähe und sind sprachlos, als Breitbart die Kugel mit der Hand erreicht, als sei es Papier. Dann nimmt Breitbart eine Eisenstange in den Mund und biegt sie mit den Händen zu einem Hufeisen. Ohne Hilfsmittel, lediglich durch Muskelkraft biegt der Kraftmensch eine mittlere Eisenstange zu einer Spirale um seinen Unterarm, und eine andere zu einem Ornament, das an Kraftigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Von starken Ketten reißt Breitbart die einzelnen Glieder ab und wirft sie laufend ins Publikum. Eine Last Steine, die 15 Mann mittels eines Flasenzuges nicht von der Stelle bewegen können, zieht der Artist, mit „Hilfe“ zweier junger Damen, in die Höhe und läßt sie dann auf seinen Körper senken, obwohl er mit dem nackten Körper auf einem hoch spitzen Kegel liegt. 3 Pferde gehen gleichzeitig über eine Brücke, die auf dem Körper Breitbarts ruht. In gleicher Stellung trägt er ein Karussell, auf dem sich 10-12 Männer im Kreise drehen, und dann zum Schluß den bekannten Todeskreisel, in dem zwei Motorradfahrer herumlaufen. Alles in allem Leistungen, wie sie bisher weder in einzelnen noch in ihrer Gesamtheit gesehen worden sind. Mancher Tröfchen Schwitz floß. Aber als der somnambule Artist zum Schluß unter tosendem Beifall auf der Rampe stand und freundlich dankte, als er einem modernen Herkules. — Die übrigen für das Septemberprogramm des Wilhelm-Theaters verpflichteten Künstler konnten durch die Anwesenheit ihres welterfahrenen Kollegen leicht in den Hintergrund gedrängt werden. Wenn es dennoch nicht gelang, so zeugt das von der Güte ihrer Darbietungen. Olga Smirnowa, eine gerichtsranke, raffine Rusin, tanzte sich mit Erhabenheit und heimlichen Nationalitäten in die Gunst des Publikums hinein. Von den Darbietungen der russischen Sängerin Maria Kappo erzielte das Johanna in ihrer Antiertrache eine tiefe Wirkung. Johnson u. Johnson nennen sich heischen komische Komödianten. Was sie bringen, ist vielfach nicht von, aber verblüffend ist, wie sie es bieten. Das Publikum bewunderte und lachte ausgelassen. Von den Franzosen, die ihn, das goldene Pferd, und 3 Damen hielten, gefiel am besten das Bild „An der Quelle“. Das Bild hallert machte vorzeitig abgebrochen werden, weil die wendliche Artistin zu Fall kam und sich anstehend den Kopf verstaubte. Wie wir erfahren, ist die Verletzung bereits heilbar; die Künstlerin tritt wahrscheinlich heute Abend bereits wieder auf. Am wäre noch über Hermann Meier zu berichten, der über einen wütlichen Rheinländer verurteilt. Es wurden Tränen gelacht. Seine Darbietungen verrieten einen Meister der Porträtmalerei. Das Publikum fand an Meiers solches Gefallen, daß er

sich der weiteren Zugaben nur schwer ermahnen konnte. „Ich bleibe ja noch vier Wochen hier“, versicherte er tröstend. Alles in allem ein Programm, das dem Wilhelm-Theater in den nächsten Wochen volle Häuser bringen dürfte.

Aufhebung der Herbergssteuer.

Der Danziger Senat soll beschließen haben, der Danziger Stadtbürgerchaft eine Vorlage zu unterbreiten, durch die die Herbergssteuer, die in Danzig 40 Prozent betrug, auf ein Jahr außer Kraft gesetzt werden soll. Die Suspendierung dieser Steuer soll noch rechtzeitig erfolgen, daß sie allen auswärtigen Besuchern der II. Danziger Internationalen Messe vom 2.-5. Oktober zugute kommt. Die Messeleitung hat mit der Organisation der Danziger Hotelbesitzer ein Uebereinkommen dahin getroffen, daß die jetzt abgekauften Hotelpreise für die Zeit der Messe unter keinen Umständen erhöht werden.

Gründung des Arbeiterschwimmvereins.

In der am gestern Abend einberufenen Versammlung der Arbeiterschwimmer hielt zunächst der Vorsitzende des Arbeiterfartells für Körper- und Geisteskultur, Genosse Artus, das einleitende Referat, worauf nach einer kurzen Debatte die Gründung des Arbeiterschwimmvereins erfolgte. Sämtliche Anwesenden traten dem neuen Verein bei. Es wurde ein Ausschuss gewählt, der die Gründungsarbeiten erledigen und die erste Generalversammlung einberufen soll. Es ist nunmehr allen schwimmfreudigen Arbeitern Gelegenheit geboten, sich der neuen Bewegung anzuschließen. Für den Schwimmbetrieb in der nächstjährigen Saison wird es aber vorteilhaft sein, wenn jeder seinen Eintritt in den Verein schon jetzt vollzieht.

Sonderfahrt Danziger Kaufleute zur Lemberger Messe.

Wie uns die amtliche Vertretung der Lemberger Messe in Danzig mitteilt, beteiligen sich an der Sonderfahrt zur Messe in Lemberg, die am Mittwochabend angetreten wird, über 30 Danziger Kaufleute und Industrielle. Die Danziger Delegation wird der feierlichen Eröffnung am 5. September beizumohnen, die sofort nach Entreffen des polnischen Staatspräsidenten in Lemberg stattfinden wird.

Ein Taschendieb aus Polen. Der polnische Staatsangehörige Kaufmann Wilm Trop aus Lodz kam nach Danzig und drängte sich hier auf dem Hauptbahnhof am Schalter an einen Gütsbesitzer heran, um ihm das Portemonnaie aus der hinteren Hosentasche herauszunehmen. Der Gütsbesitzer bemerkte aber den Vorgang und als er sich umschau, lag das Portemonnaie am Fußboden. Der Dieb sah sich entdeckt und suchte sich des Gegenstandes zu entledigen. Er wurde festgenommen und stand nun vor dem Schöffengericht. Diese Art Diebe kommen in der Regel, so auch hier, aber ohne Eindruck zu machen. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefängnis.

Ein französisches Konsulat in Gdingen. Mit Rücksicht auf den Hafenbau und den Verkehr zwischen Polen und Frankreich ist in Gdingen ein französisches Konsulat errichtet worden.

Uraufführungen der „kleinen Bühne“. Die kleine Bühne Danziger Kammertheater C. B., eine Vereinigung von Fremden der Bühnenschaft, führt an vier Abenden im September zwei Kammerstücke des Schriftstellers Ernst Gwert auf, und zwar „Jana Kolomo“ und „Villa Thora“. Die Werke sind zusammen mit drei anderen „Der Weiser“, „Zartorius“ und „Das alte Lied“ als Kammerstücke im Verlage verm. Gebr. Wothke-Kassel erschienen. Gwert ist in Danzig kein unbekannter. Bereits vor 30 Jahren hat er hier als Vertreter der „Modernen“ eine Reihe von Novellen veröffentlicht. Die Erbauung seiner dramatischen Arbeiten dürfte großem Interesse begehen. Näheres im Anzeigenteil unserer Zeitung.

Erweiterung der Diskonto-Gesellschaft. Die Diskonto-Gesellschaft, Nisiale Danzig, welche hier seit Anfang des Jahres 1918 besteht und ein wesentlicher Faktor im Wirtschaftleben der freien Stadt Danzig geworden ist, gibt im Anzeigenteil unserer heutigen Zeitung die Vollendung des Erweiterungsbaues ihres Baufloßes bekannt. Die Geschäftsräume erstreckten sich nunmehr auf die Häuser Langgasse 47/48 und es ist, was hervorzuheben werden muß, trotz Ueberwindung vieler technischer Schwierigkeiten gelungen, die äußere Fassade dieser alten Danziger Häuser in ihrer bisherigen seit Jahrhunderten bestehenden Form zu erhalten. Der Innenraum hat eine bedeutende Vergrößerung erfahren. Um ihn gruppieren sich die Schalter in geordneter Anordnung, so daß das Publikum auf eine bequeme und schnelle Abfertigung rechnen darf. Eine neu eingebaute Treppen- und Schraufstiegeanlage, bei denen neben solider äußerer Ausführung alle Sicherungen, welche die Gründungen auf dem Gebiete des Treppens hervorbringen haben, zur Anwendung gekommen sind, steht dem Publikum zur Benutzung zur Verfügung.

Zweiier zwei Unfälle bei Schiffsbau. Am Sonntagabend nachmittags 2 Uhr stürzte der Arbeiter Nickel auf der Schiffsbauwerkstatt in den Schiffsraum und erlitt einen Schädelbruch, woran der Verunglückte auf dem Wege nach dem Krankenhaus verstarb. — Gestern stürzte wieder ein Arbeiter auf der Schiffsbauwerkstatt ab. Der 23 Jahre alte Antreiber Paul Klei n, Ronnenhof 12, stürzte von einem 6-8 Meter hohen Gerüst ab und erlitt dabei schwere Innenverletzungen.

Der Hypothekensäubiger-Verband hält am Donnerstag in der Aula der Oberrealschule zu St. Petri am Saniaplatz eine große Protestversammlung ab, um gegen die Vorlage des Senats bzgl. der Aufwertung Stellung zu nehmen. Wir weisen auf das Interat in der heutigen Nummer unseres Blattes hin.

Danziger Standesamt vom 2. September 1924.

Todesfälle: Schulkamerad Wilhelm Koeckle 45 J. 10 M. — Ehefrau Margarete Jienk, geb. Wilhelm, 32 J. 3 M. — Erich Dittlowski 21 J. 3 M. — Ehefrau Bertha Mühlke, geb. Meyer, 53 J. 1 M. — Rentier Heinrich Rothenhagen 74 J. 6 M. — Kaufmann Josef Fuks 40 J. 7 M. — Kammererin Frieda Blank 21 J. — Tochter des Kaufmanns Georg Rinas 2 M. — Unkelich 1 Sohn.

Amliche Börsennotierungen.

Danzig, 1. 9. 24
1 Lot 1,07 Danziger Gulden.
1 Dollar 5,58 Gulden.
Scheck London 25,02 Danziger Gulden
Berlin, 1. 9. 24
1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,9 Billionen Mk.
Danziger Getreidepreise vom 1. September. (Amlich)
In Danziger Gulden per 50 Hq. Meizen 12,50—13,40,
Roggen 9,25—9,75, Gerste 11,50—12,80, Hafer 3,50

Marienburg. Gemeindevahl. Die Eingemeindung der Landgemeinden Bilsenberg und Lessenstorf tritt am 1. September 1924 in Kraft. Wie der Magistrat mitteilt, hat der Minister des Innern bei dem Staatsministerium die Auflösung der jetzigen Stadtverordnetenversammlung beantragt, um durch eine Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung auch dem neu mit der Stadt vereinigt Gebiets- teil die Möglichkeit einer Vertretung zu geben.

Allenstein. Theaterneubau. Der Magistrat hat beschlossen, 100.000 Mark zur Finanzierung des Theater- baus bereitzustellen, unter der Bedingung, daß der Stadt- gemeinde bei Gründung der Aktiengesellschaft „Stadt- theater“ Aktien zum gesamten Nennwert von 100.000 Mark überlassen werden und unter der fernerer Bedingung, daß die Finanzierung des Theaterbaus durch Beiträge von an- derer Seite gesichert ist. Durch den Theaterbau sollen nicht nur Räume für Theateraufführungen, sondern auch größere Säle für Vorträge, Versammlungen und Konzerte geschaffen werden.

Allenstein. Schadenfeuer. Am Freitag abend gegen 9 Uhr brach in der Automobil-Reparaturwerkstätte von Lin- demann ein größeres Schadenfeuer aus, das leicht zu einer Katastrophe hätte führen können. In der Nähe des Brand- herdes lagerten größere Mengen von Explosiv- und leicht brennbaren Stoffen, Sauerstoff, Acetylen und Benzin. Der Feuerwehrgesang es unter großen Anstrengungen, diese Gegenstände zu schützen. Der Materialschaden ist recht be- deutend, da u. a. auch mehrere Autos durch Feuer und Wasser gelitten haben. Die Entstehungsurache des Feuers, das schon längere Zeit vor der Alarmierung der Feuerwehr ausgebrochen sein muß, ist noch nicht bekannt.

Zankerburg. Erstickt. Ein Arbeiter hat bei der Arbeit in der Ziergarten, Bilsberg, in seinem Hofgarten den Arbeiter Parakentis vom Gut Lindenberg, der mit dem Aufseher Schmidt von dem dortigen Gastwirt Rentrat beauf- tragt wurde, ein von Erlat in seinem Hofgarten zurückge- haltenes Pferd herauszuholen. Einmal gelang es Erlat, die beiden aus dem Garten herauszuweisen. Als beide dann mit dem Gattin wieder kamen, griff P., der angegriffen war, ohne vorherigen Vorwarnung E. an. Nachdem E. gegen einen Pfahl gedrückt war, und P. seine Kehle umfaßte, zog E. die Pistole und gab zwei Schüsse ab. Als E. trotzdem weiter bedrängt wurde, schuß er noch einmal und verletzte P. tödlich. Erlat stellte sich der Ortsbehörde und am andern Morgen der Staatsanwaltschaft, wurde aber vorläufig nicht in Haft genommen.

Pod. Der Konsumverein Pod ist in Konkurs ge- raten. Er wurde 1920 von der organisierten Beamten- und Arbeiterchaft gegründet, hat jedoch die auf ihn gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt.

Stolz. Von einem Auto überfahren und ge- tötet wurde in der Ackerstraße der 24jährige Rent- empfiänger Ferdinand Stubbe. Er wurde von dem Kraft- wagen beim Überfahren der Straße erfaßt und zur Seite geschleudert. Durch den Sturz erlitt er einen Schädelbruch, an dem er kurze Zeit darauf im Krankenhaus verstarb.

Stargard i. P. Pommerische Petroleumgemein- schaft. Am nächsten Monat soll zwischen Daber und Star- gard am Nordrand des Saager Kreises bei Sassenburg und Sassenhagen mit den Behrerschen auf das durch Antennadner schwebende Petroleumlager angefangen wer- den. Es ist geplant, die Bohrbohrer in größerer Tiefe, auf etwa 500 Meter, hinabzusenken.

Stettin. Die Rache des Entlassenen. Am Frei- tag wurde in dem Geschäft „Auto-Palast“ eine schwere Blat- tat verübt. Der dort bisher tätig gewesene 27 Jahre alte Geschäftsführer Eugen Kretschmer aus Frankfurt a. M. war am Tage vorher infolge Differenzen wegen eines verhängen- den Motorrades plötzlich entlassen worden. Kretschmer begab sich nach seiner Arbeitsstelle um das Abrechnung und Inanspruchnahme seiner Papiere. Nach einer Auseinander- setzung zerbrach er hinterher drei Schüsse aus einer Pistole auf den Geschäftsführer Kretschmer ab. Die Schüsse trafen den K. in den rechten Oberarm, rechten Oberbacken- fel und in die rechte Seite über der Hüfte. Kretschmer wurde verletzt.

Schneidmühl. Reineis. Der Polizeiwachmeister Ernst Rüd war vom Schöffengericht wegen Verletzung zum Meisels auf einer Gesamtdauer von zwei Jahren Zuschau- verurteilt worden. Gegen das Urteil legte er Berufung ein. Der Sachverhalt war folgender: In der Nacht zum 28. August 1923 hatte der Angeklagte bei einer Schlägerei

auf der Chauffee Cornish-Trennbüsch den Gastwirtsohn Brandenburg mit einem Messer gestochen, so daß dessen Tod eintrat. Wegen dieser Tat erhielt er zwei Jahre Gefängnis. Der Angeklagte behauptete, daß das in Frage kommende Messer nicht ihm, sondern dem Getöteten gehört habe und verfuhr nun seine Kameraden zur Aussage zu bestimmen, daß das Messer nicht das seine sei. In dem nun gegen die anhängigen Strafverfahren wegen Verleitung zum Meisels erhielt dieser unter Einziehung der zwei Jahre Gefängnis zwei Jahre Zuchthaus. Seine Berufung wurde verworfen.

Riga. Ein Fallschpieler im Rigaer Kasino verhaftet. In einer Nacht entstand im Publikum des Casinos Riga-Strand eine große Aufregung, da ein Fallschpieler verhaftet wurde. Am Baccaratische war ein Spieler durch sein außerordentliches Glück aufgefallen; er gewann sehr oft. Plötzlich rief ein Croupier aus: „Sie spielen falsch! Sie betreiben die Bank mittels gefälschter Karten!“ Das Spiel wurde unterbrochen und der Fallschpieler ver- haftet. Er erwies sich als der 41 Jahre alte estländische Staatsangehörige Gustav Berli, Händler aus Dorpat, dessen ständiger Wohnort Riga ist. Der Croupier hatte bemerkt, wie der Fallschpieler Karten aus dem Kessel hervorholte.

Aus aller Welt

Nach 17 Jahren aus dem Zuchthaus entlassen. Nach einer Meldung aus Karlsruhe ist der Rechtsanwalt Hau, der vor 17 Jahren wegen Ermordung seiner Schwiegermutter zum Tode verurteilt und zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden war, begnadigt und aus dem Zuchthaus von Bruchsal entlassen worden. Der Prozess gegen Hau hatte damals ungeheures Aufsehen erregt, zumal die Verurteilung nur auf Grund von Indizien erfolgte.

Das verbrannte Spritgeschiff. Die in Kiel beheimatete Galeasse „Bertha“ ist, nach einem Telegramm aus Kolmar, auf der Höhe der Insel Deland infolge Explosion eines Petroleumföders in Brand geraten und vollständig vernich- tet worden. Das Fahrzeug hatte etwa 30.000 Liter hoch- prozentigen Spirit sowie mehrere hundert Liter Benzin an Bord. Die auf acht Mann bestehende Besatzung konnte sich nur mit Mühe retten. Der Steuermann wurde verletzt. Die Schiffsladung mit 25.000 Kronen Inhalt ist verloren- gegangen.

Todesurteil über eine Frau. Die Geburtshelferin Kronn aus Hindenburg wurde vom Schwurgericht Gleiwitz wegen Giftmordes an ihrem Gatten zum Tode verurteilt.

Ein Haarman in Nachen? Gestern wurde in Nachen die Nachricht verbreitet, daß die Leiden zweier seit einiger Zeit verwichenen Schülerinnen gemindert worden seien. Es heisst wohl kaum ein Zweifel, daß sie einem Wirtling zum Opfer gefallen sind. Ein Gärtner von Langenturm wollte einen Haufen Reifig fortbringen, als er die aramige Ent- deckung machte, daß unter dem Reifig zwei Mädchenleichen verreckt waren. Die Leichen können erst in einer der letzten Nächte hier vercharrt worden sein.

Halbhael in Sachen. In den letzten Wochen tauchten in großem Umfange falsche sächsische Goldschildeverordnungen über zehn und zwanzig Mark in ganz Sachsen auf, so daß das Publikum erheblich getäuscht wurde und schließlich allgemein die Annahme dieser Scheine — auch der eichen — ablehnte. Der Kriminalpolizei in Dresden ist es nach un- angenehmen Ermittlungen gelungen, nicht nur die Verbrei- ter des Halbhaels, sondern auch die Hersteller, den Litho- graphen Zimmermann und den Photographen Köhler aus Bautzen, zu verhaften. Sie haben u. a. auch falsche Zigaret- tenverpackungen in den Verkehr gebracht.

Der Ehers auf der Herrenpartie. Ein Architekt aus Berlin machte mit einem Berliner Kesselklub am Himmel- fahrtsbrüder einen Herrenpartie nach Potsdam. Die Himmel- fahrtsbrüder besuchten die Potsdamer Schlösser und u. a. auch die Orangerie. Als der Kunsthändler genügt war, wurde dem Alkohol tüchtig zugeführt. Am anderen Morgen fand der Architekt in seiner Kostüde ein braunes Pflasterband vor. Trotz allem Nachdenken konnte sich der Architekt nicht erklären, wie das Band in seine Handtasche gekommen war. Er setzte diesen Fund seiner Frau, einem Medaillen D., und erzählte auch seinen Ange- hörigen davon. Da ging eines Tages kurz die Berliner Presse eine Notiz, daß am Himmelstahrsbrüder in der Orangerie ein wertvolles Malachitgefäßchen vermisst wurde. Inzwischen hat der Architekt sein Verhältnis mit Frau- wein D. gelöst und diese hatte, als sie die Notiz von dem Dieb- stahl las, nichts Günstigeres zu tun, als ihren früheren Bräutigam des Diebstahls an dem Malachitgefäßchen an- zuklagen. Wegen Diebstahls vor dem Potsdamer Amts- gericht angeklagt, sollte sich heraus, daß die Kesselbrüder

auch Ehers dem Angeklagten ein Pflasterband aus einem Restaurant in die Tasche gesteckt hatten. Der Zufall, daß gerade am Himmelstahrsbrüder das Malachitgefäßchen aus dem Potsdamer Schloß verschwinden war, kam der nach- sichtigsten Braut sehr zu statten. Der Angeklagte wurde auf Staatskosten freigesprochen.

Explosionsunglück bei der Reichswehr. Trotz wieder- holten ausdrücklichen Verbots, Munitionsteile auszunehmen oder gar mitzuführen, haben Angehörige eines in Fitterbog liegenden Reichswehrbataillons am 29. August abends eine nicht explodierende scharfe Mine mit ins Lager genommen, die dort zur Explosion kam. Neun Mann sind mehr oder minder schwer verletzt, zwei von ihnen sind inzwischen ge- storben.

Aus Eifersucht erschossen. Eine furchtbare Bluttat er- eignete sich in Berlin, Ginkelfstraße 47. Dort betreibt der Schlächtermeister Walter Koschitz eine Fleischerei. Als er sich dort gegen 5 Uhr im Gespräch mit der Frau des eben- falls in der Ginkelfstraße wohnenden Schlächtermeisters Karl Ende unterhielt, kürzte deren Mann unvermittelt in das Gespräch. Es kam zu einer heftigen Eifersuchtszene, in deren Verlauf Ende seinen Revolver zog und zuerst auf seine Frau schoss. Als seine Frau blutüberströmt zu- sammenbrach, richtete er die Waffe auf Koschitz und traf ihn in der Herzgegend. Koschitz war nach wenigen Mi- nuten tot. Die beiden Fleischer waren Jugendfreunde.

Zur Fremdenlegation vertrieben. Mit dem Dampfer „Re- gensburg“ ist in Gektemünde ein der französischen Frem- denlegation in Nordafrika entwischener Deutscher namens Schütte aus Essen angekommen. Schütte hatte sich vor vier Jahren zum Wiederaufbau Nordfrankreichs zur Verfügung gestellt und wurde mit etwa 200 Mann nach Mexiko transpor- tiert. Hier mußten er und seine Gefährten ein in französi- scher Sprache abgefaßtes Formular unterschreiben, von dessen Inhalt sie nichts wußten und das offenbar eine Ver- pflichtung für die Fremdenlegation darstellte. Hierauf wurden sie nach Marseille und dann zur Fremdenlegation in Afrika abtransportiert.

Rasereines Geld. Das von der Nationalsozialistischen Freiheitspartei wärmstens empfohlene „Bankgeschäft“ von Willi Bruck in der Brandenburgischen Straße 69 in Wilmers- dorf, hat Lauende von kleinen Sparern um ihre letzte Habe gebracht. Herr Willi Bruck, ein junger Mann, der sich das Ziel gesetzt hat, den „international eingestellten Großbanken“ den Kampf anzulegen, hat es vorgezogen, einem Sanatorium seine angegriffene Gesundheit anzuvertrauen. Bisher sind nicht weniger als 1200 Anzeigen gegen ihn eingelaufen.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Indien. Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich auf der Eisenbahnlinie zwischen Multan und Lahore. Bis jetzt wurden 67 Leichen aufgefunden. Man glaubt, es befinden sich noch 20 unter den Trüm- mern. Die Zahl der Verwundeten beläuft sich auf 102, davon 53 schwer.

Eine russische Prinzessin als Warenhanddiebin. Die Gattin des Prinzen Nikolas Galikin, Prinzessin Eugenie Galikin, wurde in Paris zu zwei Monaten Gefängnis und 200 Frank Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagte war bei der Verhandlung nicht erschienen. Sie war im März dieses Jahres auf frischer Tat ertappt worden, als sie in einem großen Warenhaus größere Mengen Seidenstoffe zu stehen versuchte. Bei einer Hausdurchsuchung in ihrer Wohnung hatte man bedeutende Mengen von gestohlenen Stoffen entdeckt. Die Prinzessin erklärte, sie sei durch die Not zu den Dieb- stählen gezwungen worden.

Versammlungs-Anzeiger. Anzeigen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle, im Spandauer 4, gegen Barzahlung entgegen genommen. Hellenpreis 15 Galdenpennig.

- Mittwoch, den 3. Sept., abends 6 Uhr. Revision der Kaffe vom Sommerfest durch den Festausschuß im Parteibureau.
- 20. Frauenkommission. Mittwoch, den 3. Sept., abends 7 Uhr. Sitzung der Frauenkommission und des Frauen- auschusses im Parteibureau.
- D. M. B. Lehrliste und Augenblicke. Mittwoch, den 3. September, 6 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus (Karpens- seigen 26 D: Verammlung. Vortrag Engel: „Reisebilder eines Handwerksburschen“. Erscheinen aller Kollegen dringend nötig. (14089)
- Sattler- und Tapeziererverband. Mittwoch, den 3. Septem- ber, abends 7 Uhr, im „Blauen Tonnen“ (Heumarkt) Verammlung. Vortrag des Bundesvorsitzenden Gen. Doll über die wirtschaftliche Situation. (14097)
- Arbeiter-Quacob Lanofuhr. Die Beipredung ist auf Freitag verlegt. Morgen Niederabend.

Der Mann von fünfzig Jahren

Sonnet von Arthur Japp.

Ein sonntags Pöbeln freute sich über ihre im Silber Zer- klüftung ruhenden Hiege.

„Sachen Sie nicht Reumut? Und ihr Mühsenden, das bei hoch auch ewig Schicksal nach Mann?“

„Ihr Annehmlichkeit, ihr murren, verplüßter Dem ver- loren ihr wieder in Verwirrung und erweisen den ge- heizen Mann in ihm...“

„Gott. Ihr Wille wäre es hoch, wenn ihre Männer Sie einmal in Berlin besuchte — nicht? Und ich wie alle werden aus ihr freuen. Sie sind alle Dame, für wir durch Ihre Mühsenden ihnen von Verren ablassen und haben ge- lernt haben, auch verständig können zu lernen.“

„Ihr Wille wäre es hoch, wenn ihre Männer Sie einmal in Berlin besuchte — nicht? Und ich wie alle werden aus ihr freuen. Sie sind alle Dame, für wir durch Ihre Mühsenden ihnen von Verren ablassen und haben ge- lernt haben, auch verständig können zu lernen.“

„Ihr Wille wäre es hoch, wenn ihre Männer Sie einmal in Berlin besuchte — nicht? Und ich wie alle werden aus ihr freuen. Sie sind alle Dame, für wir durch Ihre Mühsenden ihnen von Verren ablassen und haben ge- lernt haben, auch verständig können zu lernen.“

„Ihr Wille wäre es hoch, wenn ihre Männer Sie einmal in Berlin besuchte — nicht? Und ich wie alle werden aus ihr freuen. Sie sind alle Dame, für wir durch Ihre Mühsenden ihnen von Verren ablassen und haben ge- lernt haben, auch verständig können zu lernen.“

„Ihr Wille wäre es hoch, wenn ihre Männer Sie einmal in Berlin besuchte — nicht? Und ich wie alle werden aus ihr freuen. Sie sind alle Dame, für wir durch Ihre Mühsenden ihnen von Verren ablassen und haben ge- lernt haben, auch verständig können zu lernen.“

eines Baufformiums, das ihm einen glänzenden geschäft- lichen Ausweg wachte.

„Man wollte eine Gesellschaft gründen zur praktischen Verwertung und geschäftlichen Ausbeutung seiner Er- findung. Er sollte als Generaldirektor und wissenschaft- licher Leiter mit einem hohen Jahresgehalt von fünfzig- tausend Mark und einem noch zu verhandelnden Anteil am Reinerwerb angetreten werden. Aber aber, wenn er das nicht wollte, so sei man bereit, ihm das Geheimnis seiner Erfindung und das Recht der unbeschränkten Aus- nutzung für eine Entschädigung von zwei Millionen abzu- kaufen.“

Die Herren waren nicht wenig überrascht, als ihr mit aller Selbstheit und heftigster Überzeugung vorgetragenem Vorhaben den Entschluß, dem sie in seinem recht beiseitigen Verhältnis — die kleine Wohnung mit dem halbhüferten Mann und die einfache Einrichtung seines Zimmers — bewies es in — Reichtum, Glück und Heberflut beiseiten wollten, nicht in die nämliche Erregung verwickelt und von ihm überhandt keiner Erregung geschwächt wurde.

„Nein, meine Herren“, erwiderte er sofort. „Soweit bin ich noch nicht. In eine geschäftliche Verbindung habe ich überhaupt noch nicht gedacht, denn für eine ge- schäftliche Ver- bindung kann die Industrie in meine Erfindung noch nicht sein.“

„Es sollte sich zwar in dem stillen, erdigen, kandelnden Gehalt so etwas wie ein irrendes Schicksal.“

„Die Sache hat ja nicht solche Eile, meine Herren, meine Erfindung ist ja doch nicht für eine Zeit oder für ein, zwei Jahre bestimmt, sondern sie soll doch möglichst lange für ein Jahrhundert, wenn nicht länger, vorhalten.“

Aber als sie nun ihr Angebot aufbessern wollten, ließ er sie gar nicht ansprechen. Mit entschieden abwehrender Hand- bereuung unterbrach er sie.

„Es lächelt. Sie misverstehen mich, meine Herren, ich lehne Ihr Anerbieten rundweg ab, ohne auf Einzelheiten und Verhandlungen überhaupt einzugehen. Vorläufig gibt es für mich nur eine Aufgabe: meine Erfindung in aller Ruhe, mit aller Sorgfalt auszubauen. Alles andere ist eine cura posterior, mit der ich gar keine Zeit und Lust habe mich zu beschäftigen.“

Auch auf die schon recht bescheiden vorgebrachte Bitte, ihrem Konviktium das Vorkaufsrecht gegen eine zu be- stimmende Entschädigung zu gewähren, ging er nicht ein.

Am andern Tage erhielt Geheimrat Haug einen weiteren Besuch. Diesmal war es Regierungsrat Wenghof, der ganz feierlich im Frack kam. Richard Haug wußte, worum es sich handelte, denn am Vormittag hatte ihn Ilse nach telefonischer Verbindung mit Herbert Wenghof von ihrem ehesten Einverständnis und dem bevorstehenden Besuch in Kenntnis gesetzt. Schon aus der freundlichen Miene, mit der Ilse Vater ihm begrüßte, konnte der Affektor entnehmen, daß er eine Ablehnung seiner Bewerbung nicht zu befürch- tet hatte.

So sprach er denn in wohlgelesenen Worten von seiner und Ilse'se gegenseitigen, aufrichtiger Liebe und seinem besten Wunsch, das ihm vererbte junge Mädchen für immer sein nennen zu dürfen.

„Ich wüßte nicht, was ich gegen Sie einwenden sollte“, war die Erwiderung des Geheimrats, „nachdem Ilse mir bereits erklärt hat, daß sie Ihre Reizung heralisch erwirere. Sie handelt sich für ein Mann nur noch darum, uns über die materielle Verhältnisse Klarheit zu verschaffen. Solches ist ja meine Aufgabe.“

„Eine Paartelle lächelte. Eine Paartelle formte. Herr Geheimrat. Ich habe als Regierungsrat bei der allgemeinen Staatsverwal- tung, wie Sie ja wohl wissen, kein festes Gehalt, sondern nur kriterie Pfläten, die jetzt im zweiten Jahre 2400 Mark betragen.“

„Und im nächsten Jahre?“

„Im nächsten und jedem weiteren Jahre 300 Mark mehr bis zu meiner Emeritierung zum Regierungsrat.“

„Und man kann Sie erforschen?“

„An vier oder fünf Jahren.“

„Und dann erhalten Sie?“

„Ein Kapitalstock von 4200 Mark.“

(Fortsetzung folgt.)

Der Streik der Hafenarbeiter.

Eine Erklärung der Gewerkschaften.

Auf eine lange Auslassung des Hafenbetriebsvereins im Anzeigenblatt der bürgerlichen Zeitungen wenden sich die Gewerkschaften der Hafenarbeiter mit folgender Erklärung an die Bevölkerung:

Seit drei Wochen steht Danzig im Zeichen des Hafenarbeiterkampfes. Einer der größten Wirtschaftskämpfe, der dem Wirtschaftsleben ungeheure Wunden schlägt, beschäftigt die Öffentlichkeit. Nun hat der Hafenbetriebsverein „angeblich zur Steuer der Wahrheit“ eine Erklärung bekanntgegeben, die die Stellung des Hafenbetriebsvereins zum Kampfe darlegt. In diesen Darlegungen will die Hafenarbeitergewerkschaft ihre Stellung der Öffentlichkeit hiermit übergeben:

Die Geschichte der einzelnen Lohnbewegungen und ganz besonders der letzten Lohnbewegung hat der Hafenbetriebsverein zittert. Wir wollen die Öffentlichkeit nicht mit diesen Dingen belästigen, müssen aber doch zur objektiven Beurteilung folgendes erklären:

Wie laget die Verhältnisse eigentlich? Das Tarifamt der Bauarbeiter hatte für den Monat Juli bei eventueller Steigerung der Löhne von mehr als 5 Prozent gegenüber dem Monat April eine neue Lohnverhandlungsbasis geschaffen. Diese Klausel kam in friedlicher Vereinbarung mit beiderseitigem Einverständnis auch für die Hafenarbeiter zustande. Die Hafenarbeiter verhandelten früher. Für die Bauarbeiter wurde die Ablehnung durch die Arbeitgeber erst später bekannt, als im Hafenbetrieb schon 10,20 Gulden anstatt 9,80 Gulden vereinbart und gezahlt wurden. Infolge des Bauarbeiterkampfes zog einige Zeit später der Hafenbetriebsverein sein gegebenes Wort von 10,20 Gulden durch Kündigung zurück. Das war nur Arbeitgebersolidarität, die unfernerseits sehr gut verständlich ist.

Ohne jede Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit des Danziger Hafens soll die Hafenarbeitergewerkschaft verfahren haben. Wir stellen hiermit der Öffentlichkeit gegenüber fest, daß die Konkurrenzfähigkeit des Danziger Hafens der Hafenarbeitergewerkschaft sehr ernst ist.

Aber diese Konkurrenzfähigkeit kann nicht allein auf Grund niedriger Lohnbedingungen erreicht werden. In unangenehmen Verhandlungen ist auch seitens des Hafenbetriebsvereins zugestanden worden, daß die Lohnhöhe nicht allein ausschlaggebend ist, vielmehr weiß die Danziger Gewerkschaft zur Genüge, daß die Verdienstaute bei den Hafenpediteuren eine außerordentlich hohe und darin die Konkurrenzfähigkeit des Danziger Hafens in der Hauptfache begründet ist. Wir überlassen es auch ruhig dem Urteil der Öffentlichkeit, ob die Arbeitgeber genötigt waren, 25 bis 30 Prozent mehr Leute beschäftigen zu müssen, als früher. Wir wissen uns hier mit der gesamten Öffentlichkeit einig, daß kein Arbeitgeber mehr Leute beschäftigen, wie notwendig sind. In allen Hafenstädten ist die Zahl der zu beschäftigenden Arbeiter tariflich geregelt und wir wissen zur Genüge, daß gerade auf diesem Gebiete zum Schutze von Leben und Gesundheit der Hafenarbeitergewerkschaft noch lange nicht das genügende Entgegenkommen gezeigt ist. Das beweisen die vielen Unfällen und Todesfälle im Haf.

Die arbeitgeberseits angeschnittene Ueberstundenfrage bedarf unbedingt einer Klärung unfernerseits. Bis zum Oktober 1923 sind Ueberstunden stets in ausreichendem Maße und zu jeder Zeit geleistet worden. Zu jener Zeit wurde arbeitgeberseits eine Kürzung der Ueberstundenbesetzung um 100 Prozent vorgenommen. Trotz der wachsenden Stimme der Organisationsvertreter, dadurch nicht neue Differenzen heraufzubekommen, kam dieses Skizzen zustande. Diese Kürzung war alleine Grund und Ursache zu allen Differenzen. Die Schuld an diesem, auch unfernerseits nicht als Miskand anerkannten Miskand, müssen sich jedoch die Hafenbetriebsunternehmer allein auf ihr Konto schreiben.

Was die Akkordarbeit im Danziger Hafen anbelangt, so weiß der Hafenbetriebsverein sehr genau, daß es unmöglich ist, Akkordfische ohne weiteres von einem nach dem anderen Hafen zu verpflanzen, weil die technischen Einrichtungen und auch selbst die Arbeitsmethoden in jedem Hafen verschieden sind. Um der Akkordarbeit im Hafen überhaupt die Wege zu ebnen, bedarf es einer längeren Reifepause, da erst ein Artikel nach dem anderen in Akkord genommen werden kann. Im Jahre 1920 hatten die Arbeiterorganisationen dem damaligen Schiffsarbeiterverein einen sehr eingehend beratenen Akkordtarif für Massengüter unterbreitet, nachdem die Hafenarbeiter grundsätzlich der Akkordarbeit zugestimmt hatten. Was tat jedoch der Schiffsarbeiterverein? Er erklärte die geforderten Sätze als viel zu hoch, ohne erst in die sachliche Beratung des von den Arbeitern vorgelegten Tarifentwurfs einzutreten. Bei der großen Zahl der im Hafen sich ereignenden Unfälle und bei der ohnehin schon großen Antenzität der Arbeitslosigkeit haben die Hafenarbeiter jedoch heute auf dem Standpunkt, daß die Akkordarbeit abzulehnen ist, weil eine Erhöhung der Arbeitsleistung im Danziger Hafen dadurch nicht mehr zu erwarten ist. Nur durch eine technische Verbesserung der Hafeneinrichtungen kann das auch von uns gestellte Ziel erreicht werden.

Zum Schluß macht der Hafenbetriebsverein der Hafenarbeitergewerkschaft den Vorwurf, daß sie nicht die Möglichkeit zur Beilegung des Streites gegeben hat. Das von einer behördlich eingeleiteten Kommission abgegebene Gutachten sei nicht zur Abstimmung gekommen. Der Hafenbetriebsverein verweigert aber der Öffentlichkeit zu berichten, welches seine Stellungnahme zu diesem Gutachten ist. Solange diese Stellungnahme nicht der Arbeitergewerkschaft bekanntgegeben wird, kann diese sich unmöglich mit der Beilegung der Differenzen beschäftigen. Dieses ist der Hauptgrund für die weitere Fortführung des Streites.

Die Hafenarbeitergewerkschaft ist nach wie vor zur Verständigung bereit, aber nicht zu einer Entgegennahme von Bedingungen, die einseitig bestimmt werden sollen. Der Hafenbetriebsverein wird sich gewöhnen müssen, die Hafenarbeitergewerkschaft als gleichwertigen Produktionsfaktor im Wirtschaftsleben anzuerkennen.

Neuregelung des Polizeiwesens.

Verkaufslösung der Polizei in Zoppot, Dliwa, Ohra.

Mit dem 1. September ist die im Etat 1924 vorgesehene Verkaufslösung der Polizei in den Gemeinden Zoppot, Dliwa, Ohra erfolgt. Die Verwaltung der Polizei ist für die genannten Gemeinden, mit Ausnahme der Hauptpolizei, die bei den Gemeindeverwaltungen bleibt, dem Polizeipräsidenten in Danzig übertragen.

Der Polizeibezirk Zoppot erhält die Bezeichnung XII. Polizeirevier, der Polizeibezirk Dliwa die Bezeichnung X. Polizeirevier und der Polizeibezirk Ohra-Stadtgebiet-Altshottland die Bezeichnung V. Polizeirevier.

Die bisherige Grenze des I. Polizeireviers wird von der Roten Brücke aus südlich über den Rangierbahnhof, die Straße Altshottland in Richtung der Straße Neumainberg-Feuerturmstraße einschließend verlegt, so daß der Rangierbahnhof und die Servisbezeichnungen Altshottland 1-25 und 50, Madonnaufer 1-25, Grundgasse 1-7, Neumainberg 1-12, Feuerturmstraße (früher X. Polizeirevier) zum I. Polizeirevier fallen.

Das bisherige V. Polizeirevier Langfuhr wird aufgelöst und dem VII. Polizeirevier in Langfuhr einverleibt. Für die Einwohner des südlich gelegenen Teiles des aufgelösten V. Polizeireviers, und zwar bis zum Heiligenbrunner Weg, Ferberweg und Neuschottland bleibt eine Meldestelle in den bisherigen Büroräumen des aufgelösten V. Polizeireviers bestehen.

Die Revierbezeichnungen sind vom 1. September ab folgende und die Revierbüros nachstehend besetzt: I. Polizeirevier (Redtadt), Wiebenfaserne, Fleischergasse Nr. 48/54. II. Polizeirevier (Altstadt), Festungslazarett, Sevelinsplatz, Sinaang Altstadt, Graben. III. Polizeirevier (Friedstadt), Reiterfaserne, Eingang Weidengasse 2. IV. Polizeirevier (Bahnhof), Festungsgelände, Elisabethengasse 1. V. Polizeirevier (Ohra-Stadtgebiet-Altshottland), Gemeindegasse, ehemalige Privatstraße, An der Ohra 8. VI. Polizeirevier (Schmidt), Kirchweg 3. VII. Polizeirevier (Langfuhr), Busfaserne I, Hauptstraße 71c. VIII. Polizeirevier (Heubude), Kleine Seebadstraße 2. IX. Polizeirevier (St.-Albrecht) Nr. 45. X. Polizeirevier (Dliwa) Am Schloßgarten 24. XI. Polizeirevier (Neufahrwasser), Dliwaer Straße 35c. XII. Polizeirevier (Zoppot), Rathaus.

Die Box- und Ringkämpfe im Wintergarten. Neben den Ringkämpfen über jetzt auch die Boxkämpfe eine starke Anziehungskraft aus. Unter den Ringern befinden sich auch mehrere Boxer von sehr guter Klasse. Der gestrige Abend lieferte jedoch den Beweis, daß es hier auch nicht an Boxern fehlt, die ihnen gewachsen sind. Nachdem ein Danziger Amateurboxer eine Herausforderung an die Kämpfer des Wintergartens erlassen und schon in der ersten Runde so üble Erfahrungen machte, daß er auf weitere Kämpfe verzichtete, wehrte ein anderer Danziger gestern Abend diese Scharte abnehmend aus. Der bekannte Danziger Scherathlet Portef betrat gestern gegen den Litauer Stedulat den Ring. Der größere, aber leichtere Litauer bedachte offenbar nicht genau, während Portef mehrere gut sitzende Schläge gegen Magen und Herzspeiche landen konnte. Schon in der zweiten Runde hatte P. seinen Gegner soweit mitrabe gemacht, daß er ihn durch einen Magenstich und darauffolgendes Ringhaken bis zur Unszählung niederstreckte. Der Entscheidungsringkampf zwischen dem bairischen Norddeutschen Willau und dem Polen Koschak fiel nach einer Gesamtdauer von 48 Minuten aus. Parichau warf den Turkestaner Dalk schon nach 9 Minuten und den erheblich leichteren Marschel-Kiel nach 8 Minuten. Dagegen brauchte Urbanst im ganzen 45 Minuten, um des starken Lituanen Herr zu werden. Bei den heute stattfindenden Kämpfen wird sich der Entscheidungskampf zwischen dem übermächtig temperamentvollen Russen Smirnow und dem ihm hierin fast gleichkommenden Regerringer de Souza an einer Sensation gestalten, da keiner von beiden bisher geworfen wurde.

Die Folgen einer Anarke. Bei einem Schneidermeister in Danzig wurde bei einer Hausvisum ein arößerer Vorrat an Feilerstoffen vorgefunden. Die Anmerkung hatte den Verdacht, daß die Waren unvorsichtigerweise eingekauft waren und heimlich abgenommen. Bei der Vernehmung erklärte der Schneidermeister, daß die Waren in Danzig vorkauf sein. Die Zollverwaltung stellte aber fest, daß hier für den Schneidermeister keine Waren vorkauf worden sind. Der Schneidermeister erhielt nun einen Strafbefehl über 2460 Gulden.

Geldstrafe wegen Zollhinterziehung. Der Schneidermeister legte Einspruch ein und das Schöffengericht hatte über die Sache zu verhandeln. Der Schneidermeister erklärte, daß er dem Beamten allerdings gesagt habe, die Sachen seien in Kattichof verzollt. Das war aber nicht zutreffend. Er wollte den Beamten nur loswerden. In Wirklichkeit hat er zwar Stoffe aus Deutschland laut vorgefundener Rechnung bezogen, sie aber in Marienburg gelagert und dann persönlich in Döpreußen verkauft. Diese Verhältnisse der dortigen Käufer konnte er dem Gericht überreichen. Ferner hat er auch Stoffe aus Deutschland nach Danzig bezogen, aber vor Einführung des Zolles. Weiter hat er Stoffe aus Danzig und aus Polen bezogen. Zum Teil kamen die Stoffe aus der Vorkriegszeit, weil sie unmodern geworden sind. Seine Behauptungen konnte er durch Rechnungen und Zeugen belegen. Die Anklage war nur durch die unrichtige Angabe bezüglich der Verzollung erfolgt. Das Gericht kam nach kurzer Beratung zur Freisprechung.

Wirtschaft, Handel und Schiffahrt.

Die Eröffnung der Leipziger Messe. Leipzig hat am Sonnabend, dem Eröffnungstage der Messe, rein äußerlich genommen, das gewöhnliche Gesicht: Viele Menschen, Neugierige, und an den amtlischen und auch an vielen anderen Gebäuden republikanische Flaggen. Die Messe selbst steht unter dem Eindruck der Annahme des Dames-Gutachten. Bis zum Freitag, als die Entscheidung des Reichstags ungewiß war, war die Auffassung über den Messe-Verlauf durchaus pessimistisch. Wenn auch heute noch keine einheitliche Meinung über das Ergebnis der Messe vorherrscht, so ist doch das lähmende Gefühl der Unsicherheit gewichen. Neuer Unternehmungsgeist regt sich, ohne jedoch die Auswirkungen der schweren gegenwärtigen Geld- und Industriekrise verwischen zu können. Die kommende Wirtschaftskonjunktur wird trotzdem durchweg günstig in dem Sinne beurteilt, daß man den Höhepunkt der Krise im Anschluß an die internationalen Kredite für überwunden hält. Man verweist fast allenthalben auf die Belegung des Exports, der in den letzten 14 Tagen eingeleitet hat und auch auf das wachsende Inlandsgeschäft. Jedoch verhalten sich die Käufer in Leipzig, soweit man am ersten Tage beobachten konnte, besonders die inländischen Abnehmer sehr zurückhaltend, weil man mit schwächer werdenden Preisen rechnet. Am Sonntag selbst entwickelte sich teilweise lebhaftere Geschäft in Textilien und Eisenwaren. Die Preise haben sich gegen die Frühjahrsmesse ganz erheblich gesenkt, sie liegen aber immer noch über dem Weltmarktpreis. Das gilt besonders für Stahl und Eisenwaren, für Maschinen und Textilien. Die vorhandenen Konkurrenzarten aus Oesterreich und der Tschecho-Slowakei sind, was den Preis anbetrifft, den deutschen Fabrikanten und Großhändlern überlegen.

Deutschland Kanztabnehmer für dänische Schweine. Zurzeit werden etwa 2000 lebende Schweine wöchentlich aus Dänemark exportiert. Die Gesamtzahl der seit Beginn des Jahres ausgeführten Schweine ist 175 000. Der Hauptabnehmer ist angeblich Deutschland. In zweiter Linie kommt die Tschecho-Slowakei in Betracht.

Kredite aus Amerika. New Yorker Finanzkreise unterstützen wegen Gewährung neuer Kredite. Es kommt in Frage die Finanzierung der deutschen Zuckereerte, weiter das französisch-deutsche Kaliumsalz, endlich Rußland für Baumwollverschiffung.

Die deutsche Handelsflotte nur 4 Prozent der Welttonnage. Nach dem Jahresbericht des Vereins Hamburger Reederei verfügt die deutsche Reederei, die vor dem Kriege rund 12 Prozent des Schiffsraumes der Welt umfaßte, heute nur über 4 Prozent und vermag damit nicht einmal den Eigenbedarf Deutschlands zu decken. Ein weiterer Ausbau ist kaum zu erwarten, da die Betriebskosten der deutschen Schifffahrt den Weltmarkt erreicht haben. Seeschiffe werden infolge des schwierigen Standes dieses Schiffsverkehrs fast überhaupt nicht mehr gebaut. Der Bericht beklagt das Fehlen von Handels- und Schiffsverkehrsverträgen mit den meisten Ländern, weil sich dadurch für die deutsche Schifffahrt starke Behinderungen ergeben. Weiter wird bemängelt, daß im Innern Deutschlands den deutschen Reedereien immer noch Schwierigkeiten bei der Konzeptionierung von Passagier-Agenturen gemacht werden. Die Aufhebung der Transitvisa für Auswanderer und die Einführung von Fahrpreisermäßigungen durch die Reichsbahn wird gewünscht und eine weitere allgemeine Herabsetzung der Reichsbahn-tarife im Interesse der deutschen Seefahrt, insbesondere Hamburgs, gefordert. Der Bericht wendet sich gegen übermäßige Subventionen und unterstützt die von der Internationalen Shipping Conference aufgestellten Grundzüge, wonach jedes Land seine eigene Schifffahrt beizubehalten müsse die fremde aber freilassen solle.

Geldversteigerung in Japan. Aus Japan kommen Nachrichten, die auf eine große Verteuerung des Geldes hindeuten. Vollständiges Geld notiert im allgemeinen 6 bis 7 1/2 Prozent. Die Verteuerung hängt mit der Verteuerung der Weltmärkte zusammen; besonders rührt sich die Seidenindustrie. Der Wert der Einfuhr wird für Juli mit 152 Millionen Yen, der Export mit 136 Millionen angegeben. Die Differenz waren für Juli 1923 150 Millionen bzw. 119 Millionen.

Verantwortlich: für Wolff Ernst Poon für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Erik Weber. für Ankerate Anton Pooker sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Gehl & Co. Danzig.

Advertisement for Ringkampf (Fighting) by Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus. Features Bruno Stromski and Bruno Stromski. Includes text: 'Heute ringt unser Landsmann Bruno Stromski'. Also includes various small ads for Volksfürsorge, Ein Sofa, Paradedbettgestell, Wäsche, Möbl. Zimmer, Fahrräder, and Reparaturen.

Die Installationsarbeiten

für den Neubau der Schwimmhalle am Kleinbahnhof sollen vergeben werden. Termin zur Einreichung der Kostenschläge Sonnabend, den 6. September 1924, vorm. 10 Uhr im Baubüro, Rathaus Pfefferstadt, Zimmer 64. Die Bedingungen sind im Baubüro gegen Erstattung der Unkosten erhältlich.

Danzig, den 1. September 1924.
Hochbauverwaltung.

**Protest-
Versammlung**

des Hypothekengläubiger-Verbandes
Donnerstag, den 4. September, abends
7 Uhr, in der Aula der Oberrealschule
St. Petri, am Hansaplatz.
Der Vorstand.

Kauf Danziger Notgeldscheine

zum Besten der Altershilfe
der Stadtgemeinde Danzig
Auskunft Geschäftsstelle Plankengasse 41, Tel. 7514



Das Korsetthaus
der eleganten Dame
Hedwig Kob,
Jopengasse Nr. 61.

Alkoholiteure

für Adressbuch bei hoher Provision gesucht. Offerten
mit 1344 an die Exped. die Volksstimme.

Suche im Tausch

für meine im
4. Stadtk. ge-
legene, komf.

4-Zimmer-Wohnung

gleichwertige im 1. oder 2. Stock, gute Gegend der
Innenstadt.
Zahnarzt Mallachow
Langgasse 48-49, neben dem Rathaus.

Zwinge Milchziegen

zu verkaufen
Ziemann, Klein-Platz.

Geschäfts-Verlegung

Am Mittwoch, den 3. September dieses Jahres, verlege ich mein seit
40 Jahren bestehendes

**Spezial-Schuhwarengeschäft
nach Lange Brücke 25/26**

Ich werde dort in gänzlich renovierten und der Neuzeit entsprechend
ausgestatteten Räumen meine altbewährten Grundsätze beibehalten:

Enorme Auswahl
Billigste Preisstellung
Reine Qualitätsware

Beachten Sie meine 3 Schlager, reguläre Ware, nicht
Einzel- und Restpaare:

Damen-Spangenschuhe 8⁷⁵
schwarz, flacher Absatz 8 G

Damen-Halb-Schnürschuhe 13⁸⁰
schwarz, beliebte Form 13 G

Herren-Schnürstiefel 17⁵⁰
schwarz, prima Qualität 17 G

Mein Geschäft Lange Brücke 30 führe ich in alter Weise fort.

H. Kagan

Lange Brücke 25/26 Telephone 2290 Lange Brücke 30, a. Krantor

Besonders billiges Angebot

Graue Reform-Futterhosen
Gr. 4 nur 4.85

Damen-Hemdhojen 7.—

Eugen Willdorff
Ziegengasse 10

**Berlikom und
Kleiderschrank,**
billig zu verkaufen.
Krausenfelder 7, 4 Etg.

**Damen-Kopfwäsche-
und Friseuralon**
Ondulation
Köpfige Dreife!
empfehl!

Jean R. Becker-Hofheit,
III. Danzig 5, 1 Treppe.

Parfüm:

Parfüm-Proben	2.00, 1.50, 1.25
Parfüm Khasana	9.50, 3.50
Parfüm Cappel-Cheramy	12.50, 5.75
Parfüm Mystikum von Scherk	12.50, 7.50
Parfüm D'Orsay-Paris	16.50, 7.50
Parfüm Coty in versch. Gerüchen	17.00, 8.50
Parfüm Haubigant	17.50, 9.50

Eau de Cologne:

Lawendel-Orange von Jünger & Gebhardt	5.00, 3.00, 1.10
Johann Maria Farina gegenüb. Elogiuspl.	6.75, 3.75, 1.95
Cappel-Cheramy	14.50, 7.50

Hautcreme:

Crema Faszinata	1.10, 0.75
Lilienmilch-Creme von Leo	1.25
Crema Mouson	2.00, 1.25
Crema Simon-Paris	3.00

Toiletteseifen:

Blumenseifen	Stück 0.65, 0.45, 0.25
Steckenpferd-Lilienmilchseife	1.00
Blumenseifen von C. Naumann	3 Stück 3.45, Stück 1.25
Kaloderma-Seife von Wolf & Sohn	3 Stück 3.65, Stück 1.25
Lohse's Lilienmilch-Seife	3 Stück 4.25, Stück 1.50

Haarnetze — Toiletteartikel — Puder

Parfümerie Lauter
gegenüber Hauptbahnhof — neben Hotel Reichshof.

Danzigs arbeitende Bevölkerung

verlangt nur Brot

und andere Backwaren
aus der

**Produktivgenossenschaft d. Danziger Bäckerei- und
Konditoreiarbeiter e. G. m. b. H.**

Unser Brot ist gezeichnet: P. d. B. u. K.

Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.



Wir erlauben uns, darauf aufmerksam zu machen, daß nach vollendetem
Umbau unseres Banklokals sich der Eingang zu demselben

Langgasse 44

befindet.

Durch die Erweiterung unseres Kassenraumes und die zweck-
dienliche Anordnung der einzelnen Schalter wird eine bequeme und
beschleunigte Abfertigung unserer Kundschaft herbeigeführt werden.

Eine nach den Erfahrungen neuzeitlicher Technik neu eingebaute
Tresor- und Schrankanlage
empfehlen wir der Benutzung des Publikums und stehen zur Erledigung
aller ins Bankfach schlagenden Umsätze gern zur Verfügung.

Direktion der Disconto-Gesellschaft
Filiale Danzig